



## **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**

### **39. Sitzung (öffentlich)**

20. September 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 9:45 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkt und Ergebnis:**

#### **Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts**

**3**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4973

- Beschlussfassung über Durchführung und Terminierung einer Anhörung vorbehaltlich des Überweisungsbeschlusses durch das Plenum

Der Ausschuss kommt überein, zu dem oben genannten Gesetzentwurf eine öffentliche **Anhörung** durchzuführen, die am **7. November 2007** um 13 Uhr beginnt. Die Sachverständigen und eventuelle Fragenkataloge seitens der Fraktionen sind dem Ausschussekretariat bis zum 11. Oktober 2007 zuzuleiten.



## Aus der Diskussion

### Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4973

- Beschlussfassung über Durchführung und Terminierung einer Anhörung vorbehaltlich des Überweisungsbeschlusses durch das Plenum

**Vorsitzender Edgar Moron** merkt an, die Koalitionsfraktionen hätten um eine Sondersitzung mit dem Tagesordnungspunkt „Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts“ gebeten. Der Gesetzentwurf werde – so sei es geplant – in der heutigen Plenarsitzung dem AKV – federführend – und an den Umweltausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Heute sollte sich der Ausschuss darauf verständigen, wie und wann die Anhörung zu dem Gesetzesvorhaben erfolgen solle.

Er schlage vor, die Anhörung in der regulären Sitzung am 7. November durchzuführen – neben weiteren dann auch zur Beratung anstehenden Tagesordnungspunkten.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** stimmt dem Vorschlag zu, die Anhörung am 7. November durchzuführen, bittet aber darum, mit der Sitzung früher zu beginnen.

**Rainer Lux (CDU)** schlägt konkretisierend vor, mit der Beratungssitzung um 11 Uhr zu beginnen und ab 13:30 Uhr die Sachverständigenanhörung durchzuführen.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** will dem für seine Fraktion nur unter dem Vorbehalt zustimmen, dass es mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Umweltausschuss keine terminlichen Kollisionen gebe.

**Vorsitzender Edgar Moron** sieht keine Möglichkeit, heute einen Beschluss zu fassen und auch noch die terminlichen Zwänge der Abgeordneten des mitberatenden Umweltausschusses zu berücksichtigen. Er empfehle, dass der AKV als federführender Ausschuss den Termin festlege und die Kolleginnen und Kollegen des Umweltausschusses, die voraussichtlich an der Anhörung im Rahmen einer Pflichtsitzung teilnehmen, darüber informiere. – Dies könne, ergänzt **Josef Wilp (CDU)**, ja alsbald nach Sitzung erfolgen, damit sich die Kollegen des Umweltausschusses darauf einstellen könnten.

**Vorsitzender Edgar Moron** regt darüber hinaus an, sich auf maximal 30 Sachverständige zu verständigen. – Sowohl **Horst Becker (GRÜNE)** als auch **Hans-Willi**

**Körfges (SPD)** wollen sich zuvor mit den Fraktionskollegen abstimmen und sich daher heute noch nicht auf eine Begrenzung festlegen. Gleichwohl sei man bemüht, die Anregung des Vorsitzenden zu berücksichtigen.

**Rainer Lux (CDU)** bittet vonseiten seiner Fraktion bezüglich des weiteren Verfahrensablaufs, die abschließende Beratung und Abstimmung im Ausschuss am 28. November vorzunehmen, sodass der Gesetzentwurf an den Plenartagen vom 5. bis 7. Dezember 2007 beschlossen werden könnte.

**Horst Becker (GRÜNE)** und **Hans-Willi Körfges (SPD)** wollen sich auf diesen Fahrplan ebenfalls nicht festlegen lassen.

Sollte der vom Kollegen Lux vorgeschlagene Termin am 28. November nicht gehalten werden können, so **Vorsitzender Edgar Moron**, bestehe noch die Möglichkeit, die abschließende Beratung und Abstimmung auch noch am 12. Dezember 2007 im Ausschuss zu führen, den Gesetzentwurf am 19. oder 20. Dezember 2007 im Plenum zu verabschieden, sodass das Gesetzgebungsverfahren in jeden Fall bis zum Jahresende abgeschlossen werden könne.

Der Ausschuss kommt überein, zu dem oben genannten Gesetzentwurf eine öffentliche **Anhörung** durchzuführen, die am **7. November 2007** um 13 Uhr beginnt. Die Sachverständigen und eventuelle Fragenkataloge seitens der Fraktionen sind dem Ausschusssekretariat bis zum 11. Oktober 2007 zuzuleiten.

gez. Edgar Moron  
Vorsitzender

hoe/20.09.2007/21.09.2007

155